

Merkel, Sarkozy

WIRTSCHAFTSREGIERUNG

Unfreundlicher Akt



Conseil Européen
Bruxelles - 4 février 2011

Auf heftigen und breiten Widerstand beim EU-Gipfel in Brüssel am vergangenen Freitag ist die Idee von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestoßen, in der Euro-Gruppe eine Wirtschaftsregierung einzurichten. Polens Ministerpräsident Donald Tusk griff Merkel persönlich an. Polen habe „grundlegende Zweifel an der Methode“, die Wirtschaftsregierung im Rahmen der Euro-Gruppe zu verwirklichen. „Warum müssen Sie eine Spaltung demonstrieren? Steht der Rest von uns in Ihrem Weg?“, fragte Tusk nach dem EU-Gipfel am Freitag. Polen gehört nicht zur Euro-Gruppe. Merkels Vorstoß, der mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, nicht aber mit kleineren EU-Mitgliedern abgesprochen war, sei „ein unfreundlicher Akt“, klagte auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im Kreis mit fünf anderen Regierungschefs aus Osteuropa. Kritik kam zudem vom belgischen Premierminister Yves Leterme sowie seinem Kollegen aus Luxemburg, dem Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker. Beide störten sich vor allem an der deutschen Forderung, das Renteneintrittsalter in der Euro-Gruppe anzugleichen und inflationsgebundene Lohnerhöhungen abzuschaffen. Dies sei „sozialer

Kahlschlag“, sagt ein Gipfel-Teilnehmer. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich bei ihrem Treffen nur dem Grundsatz nach auf Merkels Vorstoß zu einer stärkeren Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik im Rahmen der Euro-Gruppe verständigt. Die Atmosphäre sei jedoch von Beginn an eisig gewesen, berichten Teilnehmer. Angesichts der knappen Zeit – bis Ende März sollen die Vorschläge konkret ausgearbeitet werden – könne man nur von einem „Fehlstart“ sprechen, heißt es selbst auf deutscher Seite. Vor allem die EU-Kommission drängt auf ein möglichst verbindliches Regelwerk – und so auf eine Stärkung ihrer eigenen Position. Zudem will sie Merkels Idee einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung auch gegen Deutschland richten. „Nicht nur Defizit-Länder, auch Überschuss-Länder müssen Anpassungen vornehmen“, sagt der EU-Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen, Marco Buti. Der Vorstoß betrifft Deutschland, dessen Außenhandelsüberschuss schon mehrmals von den USA und Frankreich kritisiert worden war. In Berliner Regierungskreisen rechnet man mit harten Verhandlungen der Euro-Finanzminister, die sich nächste Woche in Brüssel treffen.

TERRORISMUS

Masche für Masche

Der ehemalige Terrorist Christian Klar beschuldigt eine einstige Komplizin aus der Roten Armee Fraktion (RAF) des Verrats – und präsentiert sich dabei selbst als ungebeugter Revolutionär. In einer Interneterklärung erinnert der 58-jährige Klar an die „vielen Gesichter“ von Inge Viett, 67. Diese hatte sich im Januar auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz linker Gruppen in Berlin als überzeugte Kämpferin und Verteidigerin der DDR gezeigt. Doch Klar, der sich seit seiner Haftentlassung Ende 2008 öffentlich

Klar 1992



nicht geäußert hat, bezichtigt Viett nun der Inszenierung. „Das Selbstbild“, das die Ex-RAF-Frau „Masche für Masche gestrickt“ habe, so Klar, sei „falsch“. Viett habe „einen Deal

mit dem Gericht“ gemacht und für einen versuchten Polizistenmord nur eine „phänomenal kurze Haftzeit“ von sechseinhalb Jahren verbüßen müssen. Sie habe durch ihre „Aussagen gegenüber dem BKA und vor Gericht“ einen „Kronzeugenrabatt“ erreicht. Unter anderem hatte sie mehrere Offiziere des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit belastet, welche die RAF unterstützt hatten und die nicht zuletzt aufgrund von Vietts Aussagen angeklagt wurden. Viett habe „den Knast abkürzen und danach unbedingt wieder eine Rolle in der Linken spielen wollen“, so Klar in seinem Kämpfer-Jargon. Die Ex-Genossin sei „skrupellos“.